



Stockhofe aus Berlin

Liebe Leserinnen und Leser!

In einer guten Atmosphäre haben die Geschäftsführenden Vorstände der beiden Koalitionsfraktionen in der vergangenen Woche während ihrer Klausurtagung in Rust wichtige Entscheidungen getroffen:

- Innere Sicherheit weiter verbessern: Gerade gegen Einbrecher kann viel durch eine verbesserte Sicherung der eigenen vier Wände getan werden. 40 % aller Einbrüche werden abgebrochen, weil die Täter nicht schnell genug in Wohnung oder Haus eindringen können. Wir stellen für die Förderung von Maßnahmen zur Einbruchssicherung weitere 50 Mio. Euro pro Jahr bereit. Damit verfünffachen wir die bisher vorgesehenen 10 Mio. Euro pro Jahr für das KfW-Programm. Wir müssen aber nicht nur den passiven, sondern auch den aktiven Einbruchsschutz verbessern: Wir brauchen mehr Polizeipräsenz, hier sind die Länder gefordert.
- Europa: In unserem Europa-Papier haben wir unsere Linie in der Flüchtlingskrise dargelegt. Um die Zahl der Flüchtlinge nachhaltig zu reduzieren, müssen Außengrenzen konsequent geschützt werden, auch um den Schleusern das Handwerk zu legen. Gesetz und Recht müssen an den EU-Außen- und Binnengrenzen zur Anwendung gebracht werden. Auch zur Rolle der Türkei haben wir eine klare Haltung formuliert. Das Land hat eine strategische Bedeutung für Europa und in der Nato. Ob und wie sich die Beziehungen der EU zur Türkei verändern, ob die angedachten Visaerleichterungen zugestanden werden können, richtet sich nach den eindeutig beschriebenen Voraussetzungen, die die Türkei erfüllen muss. Menschenrechtsverletzungen in der Türkei ignorieren wir nicht, sondern sprechen sie an.
- Fluchtursachen bekämpfen: Die Gründe für Flucht nach Europa und Deutschland sind vielfältig, daher ist eine langfristig strukturbildende Entwicklungspolitik notwendig. Unser Ziel ist es, den Menschen in ihren Heimatländern eine Perspektive zu bieten und z.B. wettbewerbsfähige Arbeitsplätze vor Ort zu schaffen. Entscheidend ist, dass Maßnahmen der Fluchtursachenbekämpfung und Krisenprävention und -bewältigung angemessen ausgestattet und konsequent realisiert werden.

Es grüßt Sie herzlich

Ihre Rita Stockhofe

Industrie braucht faire Handelsregeln und TTIP

Auf der größten Industriemesse der Welt in Hannover zeigen in dieser Woche über 5.200 Aussteller aus 75 Ländern neueste Produktionstechnik für die Fabrik von morgen. Die Hannover Messe 2016 zeigt, wie die Industrie 4.0 sich über Unternehmens- und Branchengrenzen hinweg immer weiter vernetzt.

Partnerland in diesem Jahr sind die USA, die den Stellenwert der Industrie wiederentdeckt haben und diesen Wirtschaftssektor kräftig ausbauen wollen. Das transatlantische Freihandelsabkommen TTIP bietet uns die Chance, sich die zukünftigen Standards für Ex- und Importe nicht von den USA und Asien diktieren zu lassen, sondern mitzugestalten. Wenn die USA aber nur mit anderen Wirtschaftsregionen Freihandelsabkommen abschließen, werden unsere exportorientierten Unternehmen in diesen Handelsräumen investieren statt in Deutschland und Europa.

Gemeinsam mit den USA wie auch mit China müssen wir in der EU für faire Handelsbedingungen für Stahlerzeugnisse auf dem Weltmarkt sorgen. Die große Koalition hat in dieser Woche einen gemeinsamen Antrag zur Stärkung der Stahlindustrie in Deutschland und Europa verabschiedet. Es handelt sich um einen industriellen Kern von zentraler Bedeutung für die industriellen Wertschöpfungsketten, der aufgrund von Überkapazitäten vor allem in China mit staatlich subventionierten Niedrigstpreisen und geringeren Emissionsauflagen konkurrieren muss.

Gesetz zur Änderung des Strafgesetzbuches – Verbesserung des Schutzes der sexuellen Selbstbestimmung

Mit diesem Gesetzentwurf, den wir in erster Lesung beraten haben, sollen Schutzlücken im Strafrecht zur sexuellen Nötigung und Vergewaltigung geschlossen werden. Aktuell ist die Vornahme sexueller Handlungen gegen den Willen des Opfers alleine noch nicht strafbar – somit bleiben Fälle ungeahndet, in denen das Opfer nur mit Worten widerspricht oder sich etwa in einer Überraschungssituation nicht wehrt. Daher sieht der Entwurf künftig bereits dann eine strafbare Handlung vor, wenn der Täter eine Lage ausnutzt, in der eine andere Person aufgrund der überraschenden Begehung der Tat zum Widerstand unfähig ist oder im Fall ihres Widerstands ein empfindliches Übel befürchtet. Ziel ist es, jede nicht einvernehmliche sexuelle Handlung unter Strafe zu stellen.

Erstes Gesetz zur Änderung des Agrarmarktstrukturgesetzes

Aufgrund der anhaltend schlechten Marktsituation bei Milcherzeugnissen wurde auf EU-Ebene beschlossen, dass anerkannte Erzeugerorganisationen und Genossenschaften Absprachen treffen können, um die Rohmilchproduktion auf freiwilliger Basis für einen Zeitraum von sechs Monaten zu regulieren. Wir beginnen mit der Umsetzung dieses Beschlusses in deutsches Recht in erster Lesung. Dabei soll die Ermächtigungsgrundlage für das BMEL zum Erlass von Rechtsverordnungen im Agrarmarktstrukturgesetz so geändert werden, dass der Anwendungsbereich des Gesetzes auch nicht-erkannte Agrarorganisationen umfasst. In Deutschland betrifft dies insbesondere die Genossenschaften, die bisher durch das Agrarmarktstrukturgesetz nicht erfasst wurden.

Deutsche Wirtschaft wächst weiter – Erwerbstätigkeit auf Rekordniveau

Die deutsche Wirtschaft wächst weiter kräftig. Die Bundesregierung hält an ihrer positiven Prognose fest und erwartet in ihrer Frühjahrsprojektion einen Anstieg des Bruttoinlandsprodukts von real 1,7 Prozent im Jahr 2016 und 1,5 Prozent im Jahr 2017. Ausschlaggebend für das erneute Wachstum ist vor allem die starke Binnennachfrage. Sie führt auch zu einem insgesamt besser austarierten Wachstum und sorgt gleichzeitig bei unseren Handelspartnern für positive Impulse. Ebenso profitiert davon der deutsche Arbeitsmarkt, der sich weiterhin sehr gut entwickelt und den positiven Trend fortsetzt. So erwartet die Bundesregierung für 2016 einen Anstieg der Erwerbstätigkeit um 480.000 Personen und im nächsten Jahr um 350.000 Personen auf das Rekordniveau von 43,9 Millionen Erwerbstätigen.

(Quelle: Bundesministerium für Wirtschaft und Energie)

Deutschland – Das Land der Biere

Zum 500. Jubiläum des Reinheitsgebotes am 23. April 2016 lassen sich erneut Spitzenwerte rund ums Thema Hopfen und Malz aus Deutschland vermelden. Wie das Statistische Bundesamt mitteilte, wurden 2015 in 1.388 deutschen Brauereien rund 88 Millionen Hektoliter Bier (ohne alkoholfreies Bier) hergestellt. Die Spitzenreiter fanden sich dabei in Bayern, wo sich fast die Hälfte der Brauereien (626) befand und mit rund 23 Millionen Hektoliter auch das meiste Bier gebraut wurde. Platz zwei ging an Baden-Württemberg mit 190 Brauereien und rund 6 Millionen Hektoliter Bier Brauleistung, gefolgt von Nordrhein-Westfalen, wo in 125 Betrieben mit rund 20 Millionen Hektoliter die zweithöchste Menge Bier in einem Bundesland gebraut wurde.

(Quelle: Statistisches Bundesamt)

Meine Termine vor Ort

29.04.2016, 19.30 Uhr	Jahreshauptversammlung OV Hullern
30.04.2016, 10.00 Uhr	Jahreshauptversammlung Kreisjägerschaft, Recklinghausen
01.05.2016, 13.00 Uhr	Meiler anzünden
02.05.2016, 09.30 Uhr	EU-Projekttag, Comenius-Gymnasium Datteln
02.05.2016, 19.30 Uhr	CDU Oer-Erkenschwick
03.05.2016, 19.30 Uhr	OV Marl-Polsum
04.05.2016, 19.00 Uhr	Meilersitzung